



Sept '14 | Nr. 62 | 3,00 €

Schwerpunkt „Rüstung“:
Wie wir mit Waffen leben

Rosen, Lilien & Co.:
Tipps zum Blumenkauf

Finanzen:
**Ist Ihre Geldanlage
bombensicher?**



Ein Gewehr erobert die Welt

Fast jeder deutsche Mann über 50 Jahre hielt es in Händen: Das G3-Gewehr von Heckler & Koch. Auch Militärs auf der ganzen Welt interessierten sich dafür. Mit fatalen Folgen

Das in Genf ansässige Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP, United Nations Development Programme) publizierte bereits 2010 eine Studie, wonach jeden Tag durchschnittlich etwa 2.000 Menschen ihr Leben durch gewaltsam ausgetragene Konflikte oder kriminelle Handlungen verlieren – die weit überwiegende Anzahl durch den Einsatz sogenannter „Klein- und Leichtwaffen“.

In Deutschland nahm das Angebot an wehrtechnischem Material mit Gründung der Bundeswehr Mitte der 50er-Jahre explosionsartig zu. Bereits 1956 wurde ein Vertrag geschlossen zur Produktion eines modernen Gewehrs in Zusammenarbeit mit Centro de Estudios Tecnicos Materiales Especiales, ansässig im Spanien des Diktators Franco. Im Jahr 1958 erwarb die Bundesregierung die Lizenz und damit das Recht zur Fertigung des nun als G3 bezeichneten Schnellfeuergewehrs. Ein Jahr danach einigten sich Heckler & Koch (H&K) und das Bundesverteidigungsministerium auf die Lieferung von beachtlichen 150.000 G3-Gewehren. In der Folge wurde das Schnellfeuergewehr zur Standardwaffe der Bundeswehr und der Armeen zahlreicher anderer Staaten. Für die G3-Lizenzvergaben, dem Recht zum Nachbau, trug die jeweilige Bundesregierung die Verantwortung – für die Vergabe von Lizenzen für alle anderen Waffentypen da-



Bilder des Schreckens: Tote und Verwundete durch Kleinwaffen von Heckler & Koch. Jeden Tag nimmt ihre Zahl zu.

gegen H&K. Keine andere Entscheidung war bezüglich der Rüstungsexporte in der deutschen Geschichte derart folgeschwer wie die der Vergabe der Nachbaurechte für das Schnellfeuergewehr G3 an andere NATO-Staaten und befreundete Diktaturen. Rund um den Globus interessierten sich Militärs für die äußerst treffgenaue Waffe aus der schwäbischen Kleinstadt Oberndorf am Neckar. In den Sechziger-, Siebziger- und frühen Achtzigerjahren vergaben die von der CDU/CSU, SPD und FDP geführten Bundesregierungen fünfzehn Lizenzen für das G3. Den Anfang nahm das Malheur, als das vom CSU-Politiker Franz-Josef Strauß geführte Verteidigungsministerium António de Oliveira Salazar die Nachbaurechte zu günstigen Konditionen anbot. Als erster Vertragspartner erwarb damit Portugal 1961 die Lizenz für das Schnellfeuergewehr G3. Der portugiesische Diktator konnte eine eigene G3-Fertigung bestens gebrauchen. Salazars Truppen setzten die Waffe bei Massakern ein, beispielsweise in Kolonialkriegen in Angola, Guinea-Bissau und Mosambik. Heckler & Koch gab beim Portugal-Deal „Blaupausen“ – gemeint sind Baupläne und Fertigungsunterlagen – heraus. Ungehemmt exportierte Portugal Abertausende G3-Gewehre an andere menschenrechtsverletzende Staaten, u.a. an das Apartheidregime in Südafrika. Was folgte, war eine Entwicklung, wie sie weltweit allenfalls mit der Verbreitung der Kalaschnikow verglichen werden kann: Der G3-Lizenzvergabe an Portugal folgte die Vergabe der Nachbaurechte an Pakistan (1963), Schweden (1964), Norwegen, Iran und die Türkei (alle 1967), Saudi-Arabien (1969), Frankreich (1970), Thailand (1971), Brasilien (ca. 1976), Griechenland (1977), Mexiko (1979) und Myanmar (vormals Birma 1981). Zudem sollen die Philippinen und Malaysia G3-Lizenzen erhalten haben.

Nicht in allen Fällen zeitigten die Vergabe von Nachbaurechten und der Bau ganzer Fabrikationsanlagen desaströse Folgen, in einigen allerdings schon. Aufschlussreich ist die Analyse des fünfzehnjährigen Bürgerkriegs zwischen türkischen Militär-, Polizei- und Geheimdiensteinheiten mit PKK-Kämpfern und Zivilisten im Südosten der Türkei. Meine zum Informantenschutz notwendigerweise undercover geführten Interviews mit türkischen Soldaten ergaben eine eindeutige Lagebeschreibung für die Jahre von 1984 bis 1999: Zwischen 80 und 90 Prozent der getöteten Kurdinnen und Kurden, so die Aussagen der von mir befragten Offiziere, wurden mit Schnellfeuergewehren des Typs G3 erschossen. Das Schnellfeuergewehr wurde nach der 1967 erfolgten Lizenzvergabe von Makina ve Kimya Endüstrisi Kurumu (MKEK) bei Ankara nachgebaut.

Die, wie alle Publikationen partizipierender und damit interessengesteuerter Kriegsparteien, mit Vorsicht zu betrachtende „Siegesbilanz“ des türkischen Staates propagiert folgende Opferzahlen: Bis zum Dezember 1998 sollen laut Aussage des damaligen Staatspräsidenten Süleyman Demirel „mehr als 40.107 ‚Terroristen‘ unschädlich gemacht“ worden sein. Des Weiteren seien 5.238 „Zivilisten“ ums Leben gekommen. Von den rund 9.000 Kurdendörfern im Südosten der Türkei wurden mehr als ein Drittel vernichtet.

Neben der türkischen entpuppte sich die iranische G3-Lizenzvergabe als eine der folgeschwersten. Das Regime des westlich orientierten Schah Reza Pahlawi hatte die Nachbaurechte 1967 in der Amtszeit von Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger, CDU, erhalten. Die Fertigungsunterlagen wurden von dem damals bundeseigenen Unternehmen Fritz-Werner-Industrie-Ausrüstungen GmbH in

Ein Feind ohne Gesicht: Schießstand in Mali.



Getroffen: Durch ein G3-Gewehr verkrüppelter Mann in Afrika.



Geisenheim geliefert. Nach vergleichsweise kurzer Bauzeit konnte die G3-Produktion bei der Mosalsalsasi Weapons Factory anlaufen. Seither wurden pro Jahr bis zu 100.000 G3 in Iran gefertigt. Der Schah regierte mit äußerster Härte. Zum Beispiel verübten seine Soldaten 1978 mit G3-Gewehren ein Massaker unter Demonstranten, rund 4.000 Menschen wurden erschossen. Nach dem Machtwechsel im Frühjahr 1979 exekutierte das Regime des Ayatollah Chomeini seine Gegner mit G3-Gewehren. Im von 1980 bis 1988 währenden Ersten Golfkrieg waren G3-Gewehre die Standardwaffe der iranischen Streitkräfte.

Und noch immer nimmt der Spuk kein Ende: Laut Jane's Infantry Weapons 2011-2012 stellt Iran das G3 nach wie vor in Eigenregie in den beiden Versionen G3A1 mit fester und G3A1-1 mit einklappbarer Schulterstütze her und verkauft die Waffe an andere Staaten oder an Terrororganisationen.

Eine neue Waffengeneration folgt

Auch wenn mit den Millionen von G3-Gewehren noch jahrzehntelang auf den Schlachtfeldern der Welt gemordet werden wird, ist dieses Sturmgewehr zumindest produktionstechnisch weitgehend Vergangenheit. Längst haben die Oberndorfer Waffentechniker dafür gesorgt, dass die Nachfolgenergeneration des G3 und der MP5 den Weltmarkt erobern. Zu ihnen zählen u.a. die Maschinenpistolen MP7 und UMP, die Sturmgewehre G36, HK416 und HK417 sowie das Maschinengewehr MG4. Als aus militärischer Sicht besonders effizient könnte sich die neue „Wunderwaffe“ XM25 entpuppen. Die von ATK in den USA und H&K in Deutschland entwickelte Granat-

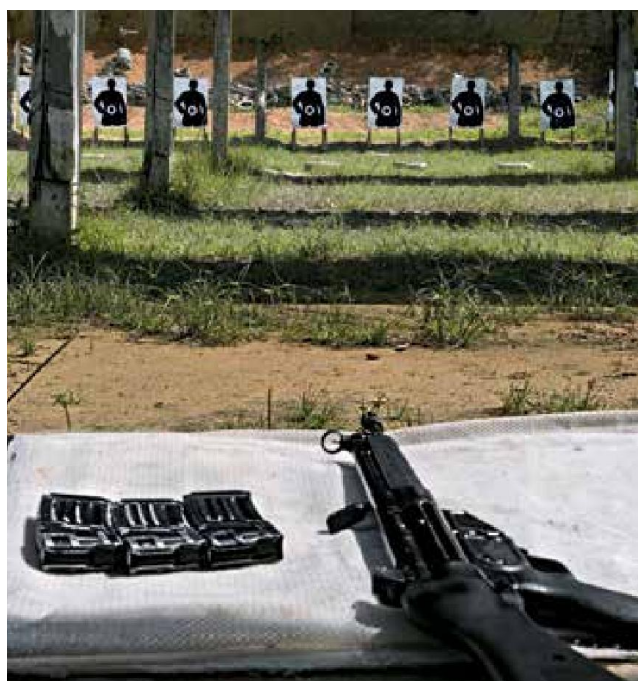
maschine kann um die Ecke schießen. Nach ersten Einsatztests an Kriegsgegnern in Afghanistan zeigten sich Soldaten der US-Streitkräfte angesichts der verkürzten Gefechtsdauer bei erhöhter Trefferquote äußerst erfreut. Auf der nichtoffiziellen Firmenwebsite (www.hkpro.com) jubilieren H&K-Fanatiker: „Die XM25 ist die tödlichste Handfeuerwaffe im Arsenal der Army.“

Noch ist das XM25 nicht eingeführt, noch liegt der Schwerpunkt bei der neuen Tötungsmaschine G36 – einem vergleichsweise leichten, handlichen und präzise treffenden Sturmgewehr. Mit dem G36 schießen inzwischen Sicherheitskräfte in etwa 30 Staaten.

Richtig Geldverdienen aber lässt sich seitens des G36-Lizenzgebers Heckler & Koch vor allem mit der Erteilung der Nachbaurechte, dem Aufbau ganzer Waffenfabriken inklusive der Ausbildung und der Schulung der Lizenznehmer. Bereits 1998 genehmigte die von Helmut Kohl und Klaus Kinkel geführte Bundesregierung die Errichtung einer ersten G36-Lizenzfabrik in Spanien. Zehn Jahre danach erteilte die von Angela Merkel und Frank-Walter Steinmeier geführte große Koalition eine zweite Genehmigung „für die Ausfuhr von Technologieunterlagen und Herstellungsausrüstung nach Saudi-Arabien zur Fertigung bestimmter Bestandteile des automatischen Gewehres G36“. Für H&K erwies sich die G36-Lizenz an die Machthaber in Riad als äußerst lukrative Geldquelle. Rund 250 Millionen Euro – in etwa der Jahresumsatz des mittelständischen Unternehmens – sollen in die Konzernkasse gespült worden sein.

Wie viele Menschen starben bislang durch Kugeln aus dem Lauf von H&K-Waffen? Die Antwort beruht letztlich auf Schätzungen und Aussagen von Militärs. Berücksichtigt werden müssen die legalen H&K-Gewehrtransfers in

So üben Soldaten das Schießen in Brasilien.



Ein Opfer von Tausenden: Mann mit schwerer Kopfverletzung.



Strafanzeigen gegen Heckler & Koch

In den letzten Jahren tauchten G36-Sturmgewehre vielfach widerrechtlich in Kriegen und Bürgerkriegen auf. So wurden nachweislich aus der Produktion des Oberndorfer H&K-Werks stammende G36 in den Kriegsländern Georgien und Libyen sowie in Unruheprovinzen Mexikos gesichtet.

Über letztere erteilte mir ein direkt in den Fall involvierter Mitarbeiter umfassend Auskunft. Als ihm die Illegalität des Waffengeschäfts bewusst wurde, verließ er Heckler & Koch umgehend. Daraufhin stellte ich über meinen Rechtsanwalt Holger Rothbauer im April 2010 Strafanzeige gegen das Unternehmen – wegen des Verdachts illegaler G36-Gewehrlieferungen in die mexikanischen Unruheprovinzen Chiapas, Chihuahua, Jalisco und Guerrero. Die Staatsanwaltschaft Stuttgart führte mittlerweile zwei Hausdurchsuchungen durch und sicherte umfassendes Beweismaterial. Zudem stellten wir im Namen der Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ Strafanzeige wegen des Verdachts widerrechtlicher G36-Lieferungen an das diktatorische Regime Muammar al-Gaddafi in Libyen. Die Ermittlungen im Fall Libyen wurden mangels konkreter Beschuldigter von der Staatsanwaltschaft Stuttgart im Juli 2014 eingestellt.

Immerhin: Seit 2010 ermitteln die Stuttgarter Staatsanwaltschaft, das Landeskriminalamt Baden-Württemberg und das Zollkriminalamt in Köln. Zumindest im Fall des G36-Mexiko-Deals kann Ende des Jahres 2014 oder Anfang 2015 mit einer Anklageerhebung gegen Verantwortliche von H&K – darunter Führungskräfte – gerechnet werden. Die rechtlichen Vorgaben sind eindeutig: Im Falle der Verurteilung nach Außenwirtschaftsgesetz und Kriegswaffenkontrollgesetz drohen illegalen Waffenhändlern Haftstrafen ab zwei Jahren aufwärts.

Jürgen Grässlin

Ausstellung „TARGETS“

Die Fotografin Herlinde Koelbl hat landestypische Schießziele in fast 30 Ländern fotografiert. In der Ausstellung TARGETS werden die Fotos ergänzt durch Zitate und Portraits von Soldaten sowie Videoinstallationen, die den Schrecken des Krieges spürbar machen. TARGETS ist noch bis 5. Oktober im Deutschen Historischen Museum in Berlin zu sehen. Auf Seite 8 und 9 (jeweils links) zeigen wir zwei Bilder dieser Ausstellung.

offiziell 88 Staaten sowie die beachtliche Zahl weltweiter Nachbauten in mindestens 17 Lizenzstätten. Hinzu kommen Hunderttausende von Waffen, die widerrechtlich unter Bruch der unterzeichneten Endverbleibserklärungen unkontrolliert und ungestraft an andere Länder weiterexportiert werden. Angesichts der etwa 15 Millionen in Umlauf befindlichen H&K-Schnellfeuergewehre ist das G3 nach der Kalaschnikow die Nummer zwei auf dem Globus. Bis heute wurden mindestens 2.079.000 Menschen durch Kugeln aus dem Lauf von H&K-Waffen getötet, weitaus mehr verkrüppelt und verstümmelt, nahezu alle traumatisiert. Berechnet für die vergangenen gut fünfzig Jahre ergibt dies eine durchschnittliche Tötungsquote von 114 Opfern – wohlgerne Tag für Tag.

Wie reagiert die Bundesregierung?

Wie aber reagiert die Bundesregierung auf die Erkenntnis, dass Kleinwaffen die mörderischsten Waffen weltweit sind? Die Antwort auf diese Schlüsselfrage im Rüstungsexportbereich ist mehr als ernüchternd. In den letzten beiden Jahren steigerte die Bundesregierung ihre Einzelgenehmigungen für Kleinwaffenexporte von 37,90 Mio. Euro 2011 auf 76,15 Mio. Euro im Folgejahr und 2013 gar auf den Rekordwert von 82,63 Mio. Euro. Unter den Empfängerländern finden sich zahlreiche kriegführende und menschenrechtsverletzende Staaten, auch Diktaturen. Hemmungsloser und skrupelloser kann Waffenhandel nicht betrieben werden. Die aus dieser Tatsache resultierende Forderung kann einzig und allein lauten: Der Export und die Vergabe von Lizenzen muss bei Kleinwaffen sofort und vollständig verboten werden. Kompromisse kann und darf es angesichts der exorbitant hohen Opferzahlen nicht geben.



■ Jürgen Grässlin wurde mit mehreren Preisen ausgezeichnet, u.a. mit dem „Aachener Friedenspreis“. Er ist Sprecher der Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“, Bundessprecher der Deutschen Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK), Sprecher der Kritischen AktionärInnen Daimler (KAD) und Vorsitzender des RüstungsInformationsBüros (RIB e. V.). Grässlin schrieb zahlreiche kritische Sachbücher über Rüstungsexporte sowie Militär- und Wirtschaftspolitik. Information:

www.juergengraesslin.com, www.rib-ev.de, www.aufschrei-waffenhandel.de, www.dfg-vk.de



Buchtipp:

Ein umfassendes Werk über den Waffenhandel und seine Profiteure in Deutschland: Jürgen Grässlin: Schwarzbuch Waffenhandel. Wie Deutschland am Krieg verdient. Heyne Verlag München, 2013.